

presse

Anhörung bestätigt Defizite im Krisenmanagement für Reisende nach Vulkanausbruch

Zur Anhörung von Sachverständigen im Tourismusausschuss zu den Auswirkungen des Vulkanausbruchs auf Island auf den Tourismus, erklärt der tourismuspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Hans-Joachim Hacker:

Die Sachverständigen aus der Flughafenwirtschaft, der Tourismusbranche und Vertreter der Verbraucherzentrale haben schwere Defizite im Krisenmanagement bei der Bewältigung der Folgen des Vulkanausbruchs auf den Flugverkehr bestätigt. Es herrschte ein Chaos an Unwissenheit insbesondere gegenüber den Reisenden. Nach Angaben der Welttourismusorganisation wurden 95.000 Flüge gestrichen. Die Passagiere an den Flughäfen und die Gäste in den Hotels wurden vielfach alleingelassen.

Die Sachverständigen haben festgestellt, dass auch unterschiedliche Zuständigkeiten für die Flugsicherung den Informationsfluss und einheitliche Entscheidungen behindert haben. So sind für einige Flughäfen in Deutschland nicht allein die Deutsche Flugsicherung, sondern auch andere Unternehmen oder der Flughafen selbst zuständig. Ein Krisenstab bei der Deutschen Flugsicherung in Langen ist ohne Beteiligung aller Unternehmen der Flugsicherung in Deutschland aber nicht sinnvoll. Hier wäre es Aufgabe der Bundesregierung gewesen, einheitliche Entscheidungsstrukturen herzustellen und Informationsdefizite abzubauen. Eine bessere Koordinierung muss jetzt das Ziel sein, um für künftige ähnliche Ereignisse gewappnet zu sein. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert, dass nach der Krise ein Runder Tisch zur Auswertung der Erfahrungen mit allen Beteiligten eingerichtet wird.

Ein Informationsdesaster gab es nach Angaben von Verbraucherschützern insbesondere für Auslandstouristen. Sie erreichten ihre Veranstalter nicht - oder nicht kostenlos. Auch hier muss es künftig Informationsangebote aus einer - öffentlichen - Hand geben, welche die Reisenden über die aktuelle Situation und

die Rechtslage aufklärt. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert für diese Fälle eine kostenfreie Hotline.

Es ist dem hohen Engagement von Reiseveranstaltern, Fluggesellschaften und Hotellerie zu verdanken, dass vielen Reisenden kulante Lösungen angeboten wurden. Vielfach haben die Reiseunternehmen selbst das Management in die Hand genommen und nach Lösungen gesucht.

Ein weiteres schweres Defizit wurde mit der noch immer ungelösten Frage der kurzzeitigen Lockerung des Nachtflugverbotes aufgedeckt. Schon während der Schließung des Flugraumes über Deutschland war absehbar, dass der Luftraum ab einem unbestimmten Zeitpunkt wieder geöffnet wird. In dieser Zeit hätte mit den Ländern und Flughäfen abgestimmt werden müssen, ob und inwieweit für kurze Zeit das Nachtflugverbot an einigen Flughafenstandorten gelockert werden sollte. Es wäre Aufgabe der Bundesregierung gewesen, dies in die Hand zu nehmen und mit der Öffnung des Luftraumes sofort eine Lösung zu präsentieren. Das gleiche gilt für die Frage der kurzzeitigen Aufhebung des LKW-Sonntagsfahrverbotes, um dringend benötigte Frachten mit Fahrzeugen zustellen zu können.

All das zeigt, dass die schwarz-gelbe Koalition und die Bundesregierung zurückhaltender bei der Selbstbeweihräucherung zu ihrem Krisenmanagement sein sollte und jetzt schnellstens Entscheidungen in Auswertung der Expertenanhörung auf den Weg bringen muss.